

RENTENPOLITIK-WATCH
c/o DGB Region KERN
Legienstr. 22
24103 Kiel

Stephanie Reinhold
Bundestagskandidatin im Wahlkreis
Esslingen

Willi-Baumeister-Weg 27
73760 Ostfildern
Tel.: 0711 - 50 49 27 69
Mobil: 0176 - 4594 7077
info@stephanie-reinhold.de

www.stephanie-reinhold.de

15. Juni 2017

Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Frage 1: Lebensstandard im Alter sichern

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise. Wir brauchen eine starke gesetzliche Rentenversicherung, die langjährig Versicherte ein Leben in Würde ermöglicht. Es darf nicht sein, dass Menschen trotz langjähriger Beitragszahlung in die gesetzliche Rentenkasse im Rentenalter Hilfe vom Sozialamt benötigen, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Davon sind derzeit Menschen mit geringen Einkommen und Frauen besonders häufig betroffen, und das müssen wir dringend durch eine Stärkung der gesetzlichen Rente ändern. Wir setzen daher auf eine starke gesetzliche Rentenversicherung mit einem angemessenen Rentenniveau und eine Garantierente. Den Abschlussbericht der Rentenkommission können Sie hier nachlesen:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/GRUENE_Abschlussbericht_Rentenkommission.pdf

Frage 2: Altersarmut verhindern

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja. Alle Menschen müssen im Alter ein gutes und selbstbestimmtes Leben führen können. Das ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit. Gute Beschäftigung und gute Löhne erleichtern die Vorsorge für das Alter. Besonders Frauen, Ältere und gesundheitlich beeinträchtigte Personen wollen wir so absichern, dass sie im Alter gut leben können. Wir setzen deshalb dafür ein, ihnen einen besseren Zugang zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen, mit einem Einkommen, das zum Leben reicht. Wer aus rein medizinischen Gründen eine Erwerbsminderungsrente bezieht, darf nicht durch Abschläge bestraft werden. Grundsicherung im Alter muss echte gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Die Anhebung der Altersgrenze stellen wir nicht in Frage. Uns ist wichtig, dass Beschäftigte den Übergang vom Erwerbsleben in die Rente nach eigenen Bedürfnissen gestalten können. Eine Anhebung des Rentenniveaus allein kann nicht alle zuverlässig vor Altersarmut schützen. Dies gilt besonders für Beschäftigte, die niedrige Entgelte oder unterbrochene Erwerbsbiographien haben. Um diese besser zu schützen, wollen wir eine Garantierente einführen und mehr Personen in den Schutz der Sozialversicherungen einbeziehen. Der Unterschied zur Hochwertung auf 75% des Durchschnitts: Jemand, der in 30 Jahren 400 € eigenen Rentenanspruch erworben hat, könnte mit einer Hochwertung auf 75% derzeit eine Rente in Höhe von 657 € bekommen, wäre also immer noch auf Grundsicherung angewiesen. Die von uns vorgeschlagene Garantierente würde derzeit rund 900 € betragen und könnte das Existenzminimum in der Regel sichern.

Die Einzelheiten unseres Konzeptes finden Sie hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/134/1713493.pdf>

Frage 3: Erwerbstätigenversicherung

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja. Die Dreiteilung der Altersversorgungssysteme in Deutschland wird in der Gesellschaft zunehmend als ungerecht empfunden. Gesetzliche Rentenversicherung, Beamten- und Politikerversorgung und berufsständische Versorgungswerke sind Relikte aus vergangenen Zeiten. Eine Erwerbstätigenversicherung sorgt für mehr Gerechtigkeit und schafft eine breitere Finanzierungsbasis für die Altersversorgung.

Frage 4: Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken

Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gRV umgeleitet werden?

Teilweise. Um die Einnahmesituation der Rentenkassen nachhaltig zu verbessern sind aus unserer Sicht mehrere Maßnahmen notwendig: So muss sich z.B. der Bund stärker als bisher an den so genannten versicherungsfremden Leistungen der Rentenkasse beteiligen. Es kann nicht sein, dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben wie die Mütterrente einseitig zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung gehen. Bei den Förderbeiträgen der Rentenversicherung setzen wir uns dafür ein, zu jeder Zeit freiwillige Beiträge zur gesetzlichen Säule zu entrichten, die dann entsprechend zur Riester-Förderung gefördert werden.

Frage 5: Rentenpolitische Fehler korrigieren

Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?

Teilweise. Wir wollen die Riester-Rente umfassend reformieren und ein einfaches, kostengünstiges und sicheres Basisprodukt einzuführen. Dieses soll als öffentlich verwaltetes Produkt neben die bereits bestehenden Vorsorgeangebote treten. Die öffentliche Förderung der privaten Altersvorsorge hat in der Vergangenheit eine Benachteiligung von Geringverdiener*innen nach sich gezogen, die wir für höchst ungerecht halten. Auch bei der Erwerbsminderungsrente sehen wir einen deutlichen Nachbesserungsbedarf. Wir fordern die Abschaffung der Abschläge, sofern der Zugang zur EM-Rente aus rein medizinischen Gründen erfolgte. Die Zwangsverrentung lehnen wir komplett ab. Wir sind als einzige Partei für die sofortige Renteneinheit, eine komplette Vereinheitlichung zwischen Ost und West.